

# **Bricht der Kapitalismus demnächst zusammen?**

**Verschärfen sich die innerimperialistischen Widersprüche?**

**Welche Folgen hat die weltweite Finanzkrise für die Ausgebeuteten und die imperialistischen Interessen?**

**Drohen immer mehr Kriege?**

**Und was ist mit den Klassenkämpfen?**

Krisen sind im Kapitalismus normal. Sie treten mehr oder weniger regelmäßig auf, wenn auch nicht überall gleichzeitig. Kapitalvernichtung an der einen Stelle eröffnet neue Möglichkeiten zur Kapitalverwertung an einer anderen Stelle. Das mit diesen Prozessen verbundene massenhafte menschliche Leid spielt für den Kapitalismus keine Rolle, solange es nicht in Aufstand, Revolte, Revolution endet. Das Kapital spricht von Krise, wenn die Profite zurückgehen. Das vermeintliche Elend des Kapitals in der Krise kontrastiert mit dem tatsächlichen permanenten Elend der überwiegenden Mehrzahl der Ausgebeuteten, egal ob Krise des Kapitals oder kapitalistische Krise im vermeintlichen Normalbetrieb.

Die Krisen basieren auf den antagonistischen Einzelinteressen des Kapitals, auf der den Kapitalismus treibenden Konkurrenz, die keine Rücksicht kennen kann. Diese Einzelinteressen können niemals rational im kapitalistischen Gesamtinteresse sein, da einzig die Profitmaximierung zählt. So muss im kapitalistischen Gesamtinteresse der ideelle Gesamtkapitalist, der Staat, immer wieder korrigierend eingreifen ohne das grundlegende Prinzip der Konkurrenz jedoch außer Kraft zu setzen. Kapitalismus ist nicht planbar, weil die Einzelkapitale untereinander und die Kapitalfraktionen gegeneinander konkurrieren um den größten Profit.

Ständig finden mehr oder weniger heftige Klassenkämpfe statt, die sich nur mit Gewalt, Ideologie und/oder integrierendem Konsum befrieden lassen. Die Klassenkämpfe im Trikont, den drei unterentwickelt gehaltenen Kontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika, und das Elend dort werden verschärft, weil die kapitalistischen Zentren die extensive Ausbeutung der Rohstoffe und der Ware Arbeitskraft im Trikont, immer mehr auch in Kombination mit der intensiven Ausbeutung, auch zur Befriedung, der materiellen Teilhabe am Rande des Wohlstandes, einer breiten Mittelschicht, das heißt großer Teile der ArbeiterInnenklasse in den kapitalistischen Zentren nutzt. Die Klassenkämpfe, Aufstände dort werden in der Regel durch die vom Zentrum abhängigen Herrschenden bzw. der Bourgeoisie blutig niedergeschlagen. So lassen sich in der Regel die Verlaufsformen der Krisen in den kapitalistischen Zentren abflachen.

Schon Karl Marx hat im Kapital beschrieben, dass und wie der Kapitalismus seine durch Maschinenproduktion erreichte Überproduktion und damit die große Krise in die Länder des Trikont verlagerte. Für seinen Warenexport verschafft er sich dort ökonomisch und auch mit militärischen Mitteln Zugang zu den Märkten dieser Länder. Mit der Vielzahl seiner relativ billig produzierten Waren zerstörte er die dortige handwerkliche Produktion und machte die Länder zu reinen Rohstofflieferanten. Auch wenn er sich damit nicht ganz von den regelmäßig wiederkehrenden Krisen befreien konnte, richtete der Kapitalismus des Zentrums schon früh von Großbritannien ausgehend den Trikont als Lieferant von Rohstoffen zu und machte ihn zum Abnehmer von industriellen Fertigwaren aus den kapitalistischen Zentren. Der Trikont wurde so zum wesentlichen Ort der dauernden Krise des Kapitalismus.

Die kapitalistischen Zentren trieben den Trikont mit dem keynesianistischen Versprechen einer unmöglichen kreditfinanzierten ursprünglichen Akkumulation in die Schuldenfalle, die bis heute im überwiegenden Teil der Staaten des Trikont eine völlig ungelöste Katastrophe darstellt und für einen Nettokapitaltransfer vom Trikont in die kapitalistischen Zentren sorgt.

2007 begann in den USA ausgehend von zu vielen, trotz fehlender materieller Grundlage vergebenen Immobilienkrediten für die Hausfinanzierung von Lohnabhängigen auch aus der unteren Mittelschicht eine Krise im Finanzsektor, die sich im Lauf des Jahres 2008 auf das kapitalistische Finanzsystem weltweit ausweitete. Dies war aber nur der letzte und in gewisser Weise zufällige Auslöser dafür, dass die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, die schon lange währte und sich immer mehr zuspitzte, offensichtlich wurde.

Die Hypothekenkredite in den USA wurden entgegen früherer scharfer Prüfung auch an Viele vergeben, die offensichtlich auf Dauer nicht zahlungsfähig waren. Sie waren die notwendige Voraussetzung, eine reale Grundlage, z. B. ein Kredit auf ein existierendes Grundstück mit Haus, für darauf aufbauende finanzielle Luftgeschäfte, Wertpapiere. Die Spuren der konkreten, aber risikoreichen Hypothekenkredite verloren sich in dieser abstrakten Ebene. Die Risiken wurden scheinbar abgesichert, auf vielen Schultern verteilt und mit ihnen eine neue scheinbare Wertschöpfungskette eröffnet. Produktionen, Häuser, Grundstücke sicherten diese Papierwerte nicht mehr ab. Diese waren der Katalysator des Crashes.

Es gibt einen inneren Zusammenhang zwischen der Umverteilung von unten nach oben und der aktuellen Krise: In den Zeiten des Sozialterrors in den kapitalistischen Zentren wurden und werden den Lohnabhängigen und der öffentlichen Hand gewaltige Beträge entzogen, unter anderem auch durch Steuersenkungen für Kapital und Vermögen. Sie blieben bei den großen Konzernen und Banken oder gelangten in andere Kapitalsammelstellen, Finanzbetriebe wie Hedgefonds, die besonders aggressive Spekulationen mit dem bei ihnen investierten Geld betreiben oder wie Private-Equity-Gesellschaften, die sich mit zusammengesammeltem Beteiligungskapital auf bestimmte Zeit an nicht börsennotierten Betrieben beteiligen, um aus ihnen nach dieser Zeit beim Weiterverkauf möglichst viel Profit für das bei ihnen angelegte Kapital herauszuschlagen. So wurde ein großer Teil des Geldes mangels anderer Investitionsmöglichkeiten mit ähnlich hohen Profiten für diesen Kapitalüberschuss in spekulative Geschäfte investiert.

Was den US-Lohnabhängigen an von ihnen selbst finanzierbaren Konsummöglichkeiten genommen wurde, wurde ihnen in Form von Krediten wieder gegeben bzw. geliehen. So hielt ihr Konsum, mit dem sie sich zum Teil hoffnungslos verschuldeten, die kapitalistische Konjunktur am Leben. Sie machten mit in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, wo eine schlechtere schon absehbar gewesen war.

Natürlich war auch der Staat an diesem indirekten Konjunkturprogramm beteiligt, und zwar in Form einer Geldschwemme der Notenbanken, die vor allem den Banken und ihren Refinanzierungsmöglichkeiten bei niedrigem Eigenkapital zu Gute kam. Das Problem an jeglichen Konjunkturprogrammen für die kapitalistische Wirtschaft ist, dass sie zwar eine zeitlang die Wirtschaftstätigkeit lebendig halten, letztlich aber nicht refinanzierbar sind und in Schuldenkrisen enden.

In den USA waren Millionen HausbesitzerInnen Kredite aufgedrängt worden, die sie spätestens nicht mehr bedienen konnten, als die Zinsen stiegen. Die Leute glaubten bzw. es wurde ihnen weismacht, dass ihre Häuser und Wohnungen immer wertvoller werden würden, sie lebten auf Pump, weit über die ihnen mit ihren Löhnen zugestandenen miesen Verhältnisse.

Die große Zahl der Zwangsversteigerungen ließ die Werte der durch die Spekulation überbewerteten Objekte zusätzlich verfallen und damit auch die auf den Handel mit Risikoabsicherungen beruhende Spekulation auf breiter Front platzen. Reihenweise waren die Banken in kürzester Zeit pleite und die zu Wertpapieren gemachten Kreditversicherungen wertlos. Insgesamt stehen in den USA Immobilienkredite von etwa 8,5 Billionen Euro aus, fast soviel wie das Bruttoinlandsprodukt der USA.

Ab dem Spätsommer 2008 misstrauten die Banken einander so sehr, dass sie sich kaum noch gegenseitig mit Krediten aushalfen, um die Fähigkeit für Auszahlungen, die Liquidität zu erhalten. Der so genannte Interbankenverkehr kam zum Erliegen.

Der Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers ist mit ausstehenden Forderungen von etwa 460 Milliarden Euro einer der größten Konkurse aller kapitalistischen Zeiten. Beispiellos ist auch, dass die US-amerikanischen Immobilienfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac verstaatlicht werden mussten, weil sie ein Schuldenvolumen von etwa 3850 Milliarden Euro aufgehäuft hatten. Aber so gut wie alle großen Finanzkonzerne haben mit der enormen Zunahme von spekulativen Geschäften in den USA hohe Profite gemacht.

1929 begann die Weltwirtschaftskrise, die bis in die 1930er Jahre verheerende Folgen in den kapitalistischen Zentren hatte, mit dem Absturz einer kreditfinanzierten spekulativen Überbewertung von Aktien in den USA und der damit zusammenhängenden Kündigung von Auslandskrediten durch die US-Banken. Weltweit gerieten Banken in Liquiditätsschwierigkeiten, die AnlegerInnen holten massenweise ihr Geld ab, so lange es noch ging. Die Folge war eine lang anhaltende wirtschaftliche Schrumpfung, eine so genannte Rezession und Massenarbeitslosigkeit.

Heute hat der Kapitalismus weiterentwickelte Instrumente, um die Finanzkrise aufzufangen, allerdings um den Preis eines verschärften Klassenkampfes von oben in den Zentren des Kapitalismus. Das Wissen um die verheerenden Dominoeffekte, die Krisen im Finanzsystem haben können, führte frühzeitig zu einem Eingreifen des Staates, nach dem auch diejenigen laut um Hilfe riefen, die sonst das freie Spiel der Marktkräfte als einzige Quelle des Wohlstandes, also ihres Streben im Zwang zur Profitmaximierung ansehen. Je nach dem wie schlecht es um eine Bank steht, muss der Staat als ideeller Gesamtkapitalist Banken verstaatlichen, ihnen uneinbringbare Kredite abkaufen, für ihre eigenen Schulden bürgen, ihnen über die Zentralbanken neue billige Kredite gegen fragwürdige Sicherheiten geben und für Spareinlagen staatliche Garantieerklärungen abgeben. Hinzu kommt das besser international aufeinander abgestimmte Handeln der Regierungen und die Möglichkeit, das weltweite Finanzsystem unter eine Kontrolle des IWF zu stellen.

Nachdem zunächst vom Staat, dem ideellen Gesamtkapitalisten, versucht wurde, die Krise in den Griff zu bekommen, indem einzelne Banken und der Versicherungskonzern American International Group (AIG), bei dem sehr viele Banken ihre Kredite versichert haben, mit staatlicher Hilfe gerettet wurden, zeigte sich, dass dies auf Dauer nicht ausreichen würde. Daher wurden nach einigem Hin und Her in den kapitalistischen Zentren USA und EU-Europa, hier von mehreren Einzelstaaten nach gemeinsamen Rahmenvorgaben der Euro-Staaten in Abstimmung mit Großbritannien, so genannte Rettungspakete für Banken beschlossen. Diese Rettungspakete der jeweiligen Regierungen sind Fonds mit Geldbeträgen in Milliardenhöhe. Ziel der Rettungspakete ist es, die Zahlungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit der Banken wiederherzustellen, aufrechtzuerhalten und oder zu verbessern. In der BRD wird der so genannte Finanzmarktstabilisierungsfonds durch eine neu gebildete Finanzmarktstabilisierungsanstalt, die der Bundesbank angegliedert ist verwaltet.

400 Milliarden Euro sind vorgesehen für Bürgschaften für Kredite zwischen den Banken und sollen in der Regel gegen Gebühr gewährt werden. Mit bis zu 80 Milliarden Euro kann der BRD-Staat Anteile an Banken und Versicherungen erwerben und ihnen schlechte Wertpapiere abkaufen. Bei den Bürgschaften wird mit Ausfällen gerechnet und dafür 20 Milliarden Euro eingeplant. Für die Finanzierung darf die Regierung 100 Milliarden neue Schulden machen. Das ist fast das zehnfache dessen, was für das Jahr 2009 vorgesehen war. Die zusätzlichen Schulden werden in einer Art Nebenhaushalt versteckt, der »Sondervermögen« genannt wird. Die Fonds bedeuten, dass der Staat einer Kapitalfraktion ihre Verluste erstattet, indem er sie in Form der staatlichen Schulden sozialisiert. Die Verwendung von Steuern und Abgaben zur Deckung der Verluste führt zu einer weitreichenden Haushaltsumverteilung zu Ungunsten sozialer, gesundheitlicher, ökologischer und kultureller Leistungen und zur Schrumpfung von Einkommen der Lohnabhängigen.

Zu den Rettungspaketen kommen noch andere Maßnahmen hinzu, die die Krise mildern und das Finanzsystem vor dem totalen Zusammenbruch bewahren sollen. Dazu gehört das teilweise Verbot so genannter Leerverkäufe von Aktien. Das sind Wetten auf den weiteren Kursverfall der Aktien.

Gewährt wird auch eine Bilanzierungshilfe für Banken. Aufgrund neuer Bilanzregeln können die Finanzkonzerne ihre Bilanzen schönen, indem Verluste in die Zukunft verschoben werden. Außerdem wird in der BRD zum Beispiel das Insolvenzrecht für Betriebe gelockert.

Möglich wären auch Konjunktur-, das heißt Krisenverschiebungsprogramme, insbesondere um dem Rückgang des Konsums entgegenzuwirken. Im Frühjahr 2008 wurden in den USA von der Regierung etwa 115 Milliarden Euro in Form von einmaligen Steuerrückzahlungen an die Bevölkerung verteilt, um den Konsum zu stützen. In der BRD werden die Förderprogramme der staatseigenen KfW-Bank aufgestockt, die Kredite zu günstigen Zinsen vergibt. Außerdem können HandwerkerInnenrechnungen von Privatleuten stärker von der Steuer abgesetzt werden und Betrieben wird befristet eine bessere Absetzbarkeit von Investitionsgütern zugestanden. Damit wieder mehr Autos gekauft werden, wird ihr Kauf mit dem Verzicht auf eine Jahresgebühr der KfZ-Steuer belohnt. Wer ein Auto kauft, das nach den Maßstäben der Regierung die Umwelt etwas weniger zerstört, kann es 2 Jahre steuerfrei benutzen. Das kapitalistische Zentrum EU-Europa hat zinsbegünstigte Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) für EU-europäische Autokonzerne in Höhe von 40 Milliarden Euro zusätzlich in Aussicht gestellt.

Die US-Regierung hilft den Autokonzernen in den USA bereits mit einem Ende 2007 beschlossenen staatlichen Kredit in Höhe von 25 Milliarden Dollar, dennoch ist General Motors akut von der Pleite bedroht. Weitere Kredite in zweistelliger Milliardenhöhe für General Motors, Ford und Chrysler wurden bereits in Aussicht gestellt, sind aber noch nicht beschlossen. Gleichzeitig leiden in den USA 43 von 50 Bundesstaaten unter stark gestiegenen Haushaltsdefiziten, einigen droht der Finanznotstand, Kalifornien hat ihn schon ausgerufen.

In den USA, in denen das Sponsoring mangels sozialstaatlicher Sicherung eine wichtige Grundlage sozialer Leistungen von Wohltätigkeitsorganisationen ist, brechen diese Gelder zum Beispiel der Wall Street-Konzerne in New York weg oder werden eingeschränkt, und aufgrund sinkender Steuereinnahmen, Finanznotstand der Länder, fallen staatliche und kommunale Zuschüsse weg, was katastrophale Folgen für die Armen und ihre eh schon elenden Lebensverhältnisse hat.

Für die deutsche Regierung hat Bundeskanzlerin Angela Merkel den SparerInnen in allgemeiner Form im Fernsehen und dann in einer Regierungserklärung eine Garantieerklärung gegeben: »Kein Sparer muss um seine Einlagen fürchten. Ich sage hier noch einmal: Diese Erklärung gilt.« Dazu, wie sie dieses Versprechen halten will, das private Spargbücher, Giro- und Festgeldkonten betrifft und das im Zweifelsfall geschätzte 1600 Milliarden Euro kosten könnte, wurde von ihr und Finanzminister Steinbrück nichts gesagt.

Was eine der Ursachen der Krise in Form der Verschleierung der Krise war, das billige Geld der Zentralbanken, muss nun auch zur Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs allgemein erhalten: Die Zentralbanken pumpen mit ihren Krediten noch mehr billiges Geld in das Bankensystem, indem sie die Leitzinsen senken. Das soll auch verhindern, dass die Liquiditätsknappheit der Banken in Form verschärfter Kreditbedingungen an die Betriebe weitergegeben wird und damit die Investitionstätigkeit noch mehr gelähmt und die Rezession verschärft wird.

Alle diese Maßnahmen sind letztlich als Teil des Klassenkampfes von oben zu bewerten. Die Krise bietet einerseits die Chance zur Kapitalvernichtung und andererseits zu einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben, von den Einkommen der Lohnabhängigen und deren Staatsfonds mit dem Ziel der Stabilisierung kapitalistischer Herrschaft weltweit. Schon kleinere Maßnahmen, die den Klassenkampf von unten stärken könnten, wie die Forderung von US-Verbraucherschutzverbänden und US-Abgeordneten, linken DemokratInnen, dass RichterInnen Zwangsversteigerungen ablehnen können bei Zahlungsunfähigkeit der HausbesitzerInnen, werden im Interesse der Profitmaximierung und der Herrschaftslogik des Kapitals abgelehnt. Das zeigt aber auch die Schwäche des organisierten Widerstands von unten, der die Schwäche der Herrschenden nicht nutzen kann. Noch sind Rebellionen oder Revolutionen, Klassenkämpfe der Unterdrückten zur Beseitigung des Übels, des Kapitalismus, nicht auf der Tagesordnung, außer vielleicht in Griechenland. Vorbeugend will die Bundesregierung den Artikel 35 des Grundgesetzes ändern, um den Einsatz der Bundeswehr im Inland zu legalisieren und sich damit für mögliche bevorstehende Klassenkämpfe zusätzlich zu wappnen.

Die relative staatliche Kontrolle über die Finanzmärkte ist in einem jahrelangen Prozess weitgehend verloren gegangen unter anderem durch die Zulassung von reinen Investmentbanken, Derivate genannten Wertpapierbündeln von Kreditrisiken und Wettscheinen auf zukünftige Entwicklung von Warenpreisen und Aktienkursen, Hedgefonds und Cross-Border-Leasing-Geschäften, das ist die Verscherbelung von städtischem

Eigentum für spekulative Finanzgeschäfte. Jetzt fühlen sich all diejenigen wieder auf den Plan gerufen, die schon immer geglaubt haben, der Kapitalismus ließe sich bändigen und damit zum Guten wenden.

Der von Finanzgeschäften profitierende Kapitalismus der letzten Jahre mit Profitraten von 25 Prozent und mehr geht über in eine Art sektoral staatlich beeinflussten Kapitalismus, in dem der Staat in einem Teilbereich und dort wieder nur teilweise als wirklicher Gesamtkapitalist (Engels) mindestens zum Garant für das Fließen der Finanzströme wird und dafür sorgt, dass der bargeldlose Zahlungsverkehr aufrechterhalten wird.

Aus der aktuellen Finanzkrise könnte sich die schwerste Krise in der 500-jährigen Geschichte des Kapitalismus entwickeln. Die Krisenförmigkeit der kapitalistischen Ökonomie ist gekennzeichnet durch eine zyklische Abfolge: Rezession, Aufschwung, gute Konjunktur, Abschwung und neuerliche Rezession.

Dass der Kapitalismus ganz ohne staatliche Regulierung auskommen könnte, ist im Streit konkurrierender prokapitalistischer politischer Strategien ebenso ein Mythos wie der Glaube, der Kapitalismus könne durch staatliche Regulierung krisenfrei werden.

Die sozialdemokratische Haltung, den Kapitalismus vor einem von ihm selbst verschuldeten Untergang zu bewahren, drückt sich unter anderem aus in Oskar Lafontaines Kommentaren zum deutschen Finanz-Rettungspaket. Als aufrechter Sozialdemokrat denkt Lafontaine nicht an Revolution, bzw. an sie nur mit Schrecken, sondern an das Wohl des kapitalistischen Systems: »Für mich ist [...] nur von Interesse, ob jetzt wirklich etwas geschieht, um die schwere Finanzkrise und die sich abzeichnende schwere Rezession einzudämmen.« Und so lobte er auch das von SPD-Finanzminister Peer Steinbrück vorgelegte Gesetz zur Bankenrettung im Bundestag: »Was Sie technisch hier machen, ist in der Sache nicht zu kritisieren.«

Forderungen in den USA schon Ende der 1990er Jahre, dass DerivateverkäuferInnen ihre Geschäfte offenlegen und verpflichtet werden müssten, Kapitalreserven anzulegen, um Verluste ausgleichen zu können, wurden von der Notenbank und der Regierung zurückgewiesen. Denn zu viele Regeln würden der Wall Street schaden und Banken dazu veranlassen, ihre Geschäfte ins Ausland zu verlagern, hieß es zur Begründung.

Stephan Hebel, Mitglied der Chefredaktion der Frankfurter Rundschau beschwört den guten Kapitalismus, der seine bösen Züge abwirft, wenn er vom Staat an die Leine genommen wird und dann nur von Vorteil ist, und beklagt: »Auch diese Krise wird sie [die jetzt »den Staat ... entdecken«, ihn aber »erneut bekämpfen werden, sobald die (Bank-)Geschäfte wieder laufen«: Wirtschaftsforscher, Banker, Manager, Politiker – er vergaß die JournalistInnen] wohl nicht lehren, dass dem Kapital Grenzen setzen muss, wer den Kapitalismus zum Guten wenden will.« Und: »Das Kapital kann's nicht allein. Wenn er aber Zügel trägt, ist der Kapitalismus gar nicht so schlecht.« Der gute Kapitalismus, das ist dabei oft der kontinentaleuropäische im Gegensatz zum bösen angloamerikanischen Kapitalismus. In dieses Horn blies Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD), als er im Bundestag sagte, Ursache der Krise sei eine »unverantwortliche Überhöhung des Laissez-faire-Prinzips, also dem von staatlicher Regulierung möglichst vollständig befreiten Spiel der Marktkräfte im anglo-amerikanischen Finanzsystem«.

Die Unterscheidung zwischen der bösen US-Version und der guten EU-europäischen Version des Kapitalismus ist Unsinn. Es gibt nur einen Kapitalismus, überall wirken

grundsätzlich die gleichen Gesetzmäßigkeiten. Aber es gibt natürlich unterschiedliche Regulationen, Staatseingriffe, und insofern ist die Behauptung, der so genannte kontinentaleuropäische Kapitalismus sei besser, nur eine Schutzbehauptung. Es wurde außer einer besseren Kontrolle für Hedgefonds zu fordern und sie aber nicht durchzusetzen vieles in der EU nicht getan, was einfach möglich gewesen wäre. In der BRD wurde nichts getan für eine funktionierende Bankenaufsicht, nichts um den halsbrecherischen Handel mit Krediten zu stoppen, nichts um die Haftungsmöglichkeiten der Banken angemessen zu verstärken, nichts um Einblick in die verschleierte Risiken der Banken zu gewinnen, nichts um MangerInnen haftbar zu machen, nichts, um spekulative Derivate einer Genehmigung durch die Bankenaufsicht zu unterwerfen, nichts, um den Schutz der VerbraucherInnen vor riskanten so genannten Zertifikaten und irreführender Werbung zu verbessern. Im Gegenteil, die Lohnabhängigen wurden durch Zerschlagung der staatlichen Rente und Aufforderung zur »Eigenverantwortung« zu riskanten Geldanlagen verführt. Dies alles hätte angeblich die Konkurrenzbedingungen der Finanzkonzerne der BRD auf dem Weltfinanzmarkt verschlechtert. Die SPD ließ in Regierungsverantwortung Hedgefonds und Leerverkäufe zu. Und es wurde sogar zugelassen, wenn auch nicht direkt erlaubt, dass deutsche Banken, zum Beispiel die Sparkasse Südholstein, ohne Vorankündigung Immobilienkredite an den Investor Lone Star aus den USA verkaufen konnte, der nun Zwangsvollstreckungen über eine konzerneigene Inkasso-Gesellschaft betreibt.

Der Widerspruch, dass das Kapital gemeinsam mit der überwältigenden Mehrheit seines politischen Personals und den Medien jetzt nach dem Staat ruft, den es sonst immer versucht möglichst ganz aus seinen Geschäften herauszuhalten, ist nur ein scheinbarer Widerspruch. Der Staat ist im Kapitalismus ideeller Gesamtkapitalist. Es gehört zu seinem Wesen, die Rahmenbedingungen für das Funktionieren des kapitalistischen Verwertungsprozesses zu stellen, also das zu tun, was im kapitalistischen Gesamtinteresse ist und vom einzelnen Kapital nicht geleistet werden kann, weil es seinen Profitinteressen entgegengesetzt ist. Die Kaperung des Staates durch eine Kapitalfraktion ist immer nur für kurze Zeit und nicht absolut möglich. Das hat selbst der frühere Chef der Deutschen Bank, Hilmar Kopper, jetzt kapiert: »Man sollte angeschlagenen Banken keine Garantien geben, sondern sie verstaatlichen. Der Staat übernimmt die Institute, rekapitalisiert sie und kann sie danach wieder privatisieren. Für den Staat aber kann es sich sogar lohnen: Er kauft in der Krise und verkauft, wenn es wieder besser geht.« Das ist die klassische Aufgabe für den ideellen Gesamtkapitalisten, der in einem Teilbereich der Ökonomie nach Engels zum wirklichen Gesamtkapitalisten werden kann, wenn er privates Kapital verstaatlicht, nämlich das zu tun im kapitalistischen Gesamtinteresse, was Einzelkapitale aufgrund des für sie insgesamt zu großen Kapitalaufwandes nicht leisten könnten.

Dafür werden auch weitgehend parlamentarisch-demokratische Spielregeln zum Schutz des betroffenen Kapitals außer Kraft gesetzt. Das Gesetz für das deutsche Finanzrettungspaket wurde unter extremem Druck der Regierung im außerordentlichem Eilverfahren im Parlament beschlossen. In der BRD wacht lediglich ein vom Bundestag aus den Mitgliedern des Haushaltsausschusses gewähltes neunköpfiges, geheim tagendes Gremium, das keine Informationen weitergeben darf, über die Verwendung der Gelder aus dem Finanzmarktstabilisierungsfonds. Nur börsennotierte Konzerne müssen gemäß Aktienrecht darüber informieren, wenn der Staat Anteile an ihnen erwirbt. Bei Bürgschaften oder Ankauf von faulen Krediten gibt es auch hier keine Informationen. Im US-Gesetz heißt es: »Entscheidungen des Finanzministeriums in Verfolgung dieses Gesetzes [...] unterliegen der Geheimhaltung. Sie können von keinem Gericht und von keiner Regierungsbehörde angefochten werden.«

Marx und Engels stellten schon im Kommunistischen Manifest fest: »Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet.« Allerdings verliert der Staat durch seine derzeitige massive Intervention zu Gunsten des Finanzkapitals Handlungsspielräume, seine Befriedungsmöglichkeiten. Klassenkämpfe von unten können nicht mehr so gut verhindert werden. Er hat immer weniger Geld für Bildung, Gesundheit, Kultur, Soziales und Ökologisches. Die Folge ist fortgesetzter Sozialterror, intensivierete Ausbeutung und Naturzerstörung. Die Forderungen der Gewerkschaften, nach jahrelangem Verzicht bei einer wachsenden Wirtschaft, endlich wenigstens ein bisschen beteiligt zu werden, werden zurückgewiesen. Die staatlichen Rettungsmaßnahmen zu Gunsten von SpekulantInnen, AnlegerInnen gehen zu Lasten der Lohnabhängigen und des Subproletariats. Und im kapitalistischen Zentrum EU-Europa werden selbst die völlig unzureichenden Klimaschutzziele so relativiert, dass der freie Fall in die Klimakatastrophe gewährleistet ist. Dabei ist es Ausdruck des Klassenkampfes von oben, dass große, schwere Autos, die bevorzugt von Angehörigen der herrschenden Klasse benutzt werden, mehr CO<sub>2</sub> ausstoßen dürfen als kleinere, leichtere, die in der Regel von Lohnabhängigen benutzt werden.

Die Kurse an den Börsen weltweit brechen immer wieder ein, an einigen Börsen musste der Handel zeitweise ausgesetzt werden. Da die Finanzkrise eine Auswirkung der schleichenden und mit dem Kreditsystem verschleierte Krise der Kapitalverwertung durch den tendenziellen Fall der Profitrate ist, ist klar, dass es vorerst keine profitable Ausweitung der Produktion mehr geben kann. Im Gegenteil. Inzwischen hat eine offensichtliche wirtschaftliche Rezession begonnen, die sich im ganzen nächsten Jahr fortsetzen wird und voraussichtlich das stärkste Schrumpfen der kapitalistischen Wirtschaft in den kapitalistischen Zentren seit dem zweiten Weltkrieg bringen wird.

Grund dafür ist die systemimmanente Planlosigkeit der kapitalistischen Produktion, die zur Überproduktion von Waren führt, die nicht mehr gebraucht werden bzw. die sich viele auf Dauer nicht mehr leisten können und/oder wollen. Nicht nur im kapitalistischen Zentrum USA herrscht Rezession. In der BRD schrumpft die Produktion von Waren und Dienstleistungen seit dem zweiten Quartal 2008. Als erstes erfasst wurde die Automobilbranche, die Autokonzerne machen Produktionspausen und entlassen wie VW als erstes ihre arbeitsrechtlich ungeschützten LeiharbeiterInnen. Sie haben im Konkurrenzkampf im Verhältnis zur mittel- bis langfristigen Nachfrage zu große Produktionskapazitäten aufgebaut. Die gebremste Produktion zieht Kreise. Der Opel-Konzern bittet dringend um deutsche Staatsbürgerschaften, da dem Mutter-Konzern General Motors in den USA die Pleite droht. Im Maschinenbau sind deutliche Rückgänge zu erwarten, da in den letzten fünf Jahren immer mehr, auch für den Export, produziert wurde. Die Aufträge aus dem Ausland für in der BRD produzierte Maschinen und Produktionsanlagen ist wegen der Weltrezession bereits jetzt deutlich zurückgegangen. Auftragsrückgänge gibt es auch in der Konsumgüterproduktion und bei der Produktion von Elektrotechnik.

Die Zahl der pleite gegangenen Betriebe ist in der BRD erstmals seit dreieinhalb Jahren wieder gestiegen, 2009 könnten sie – wie schon jetzt vermutet wird – im Vergleich zu 2008 um über 16 Prozent zunehmen. Einen starken Einbruch gab es im Oktober in der Rohstahlproduktion. Auch beim weltgrößten Chemiekonzern BASF ist die Nachfrage eingebrochen. Deshalb wird der Konzern bis Januar 2009 bis zu einem Viertel seiner Produktionskapazitäten nicht für die Kapitalverwertung durch Ausbeutung lebendiger Arbeit der Lohnabhängigen nutzen. So soll die Überproduktion ausgeglichen werden, die unter anderem von der Automobilbranche und der Baubranche nicht mehr nachgefragt wird.



Wenn Konzerne in Folge der Wirtschaftskrise pleite gehen, hat das weitere Auswirkungen auf den Finanzsektor. Kredite, die nicht mehr zurückgezahlt werden können, belasten reihenweise die Kreditversicherungen, die für die Ausfälle bezahlen müssen. Die so genannten Wertpapiere, mit denen sich die Banken gegen die Ausfallrisiken bei Krediten für Konzerne absicherten und die weltweit munter weiterverkauft wurden, werden für ihre jetzigen BesitzerInnen wertlos. Die Krise der kapitalistischen Produktion ist unabhängig von der Krise des Finanzsektors und gleichzeitig. Sie verstärken sich jetzt gegenseitig.

Im kapitalistischen Zentrum Japan zeigt sich die Krise unter anderem darin, dass im August 2008 zum ersten Mal seit 26 Jahren ein Außenhandelsdefizit erreicht wurde, wozu es selbst in der schweren ökonomischen Krise in Japan in den 1990er Jahre nicht gekommen war. Im zweiten Quartal 2008 begann die erste Rezession in Japan seit 2001.

Auch Länder der kapitalistischen Peripherie, in denen die kapitalistische Produktion zurzeit (noch) wächst, werden von der weltweiten Rezession stark betroffen. In China und Indien wird es zwar noch ein Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft geben, aber es wird sich stark abschwächen. Das Wachstum in China wird sich voraussichtlich um ein Viertel verringern. Der osteuropäische Absatzmarkt, vor allem in Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn und der Slowakei, der für das deutsche Kapital seit zehn Jahren insgesamt wichtiger ist als der in den USA, wird durch die weltweite Rezession verkleinert. Länder Lateinamerikas wie Argentinien und Brasilien sind zur Zeit besonders von den sinkenden Preisen für landwirtschaftliche und industrielle Rohstoffe betroffen.

Von selbst wird der weltweite Kapitalismus wegen der beginnenden Weltwirtschaftskrise nicht zusammenbrechen. Dazu bedürfte es organisierter sozialer Kämpfe und Menschen, die sich darin des Klassenkampfcharakters der Auseinandersetzungen mit dem Kapital und seinen staatlichen Agenten bewusst sind. Im Kapitalismus sind Planlosigkeit im Ganzen, Überproduktion und ruinöse Konkurrenz systembedingt.

Das Wachstum der kapitalistischen Produktion ist immer verbunden mit der Zurichtung und Ausbeutung der absoluten Mehrheit der Menschen und mit der Zerstörung der Natur. In der Krise setzt sich dann das stärkere Kapital gegen das schwächere im großen Umfang durch und profitiert letztlich von der umfassenden Kapitalvernichtung, die dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirkt. Die Vernichtung von Produktionskapazitäten eröffnet den verbleibenden Konzernen neue, profitablere Verwertungsmöglichkeiten ihres Kapitals und die fehlende Konkurrenz ermöglicht es, Extraprofite zu realisieren. Die nicht zuletzt von Hedgefonds durch die Spekulation mit Warentermingeschäften nach oben getriebenen Preise für Rohstoffe und Lebensmittel beginnen zu sinken. Damit sinkt das konstante Kapital, das für die Kapitalverwertung der Betriebe nötig ist und gleichzeitig verbilligt sich die Ware Arbeitskraft, was die Mehrwertrate und die Profitrate, wenn auch nicht unbedingt die Profitmasse, für die Betriebe, die die Krise überleben, wieder steigen lässt.

Das BRD-Kapital kann und konnte so viel Waren exportieren, weil es im Vergleich zur Konkurrenz innerhalb des kapitalistischen Zentrums EU-Europa und zur übrigen internationalen Konkurrenz eine extrem verschärfte Ausbeutung der Lohnarbeit betreiben konnte. Während die Reallöhne zwischen 2000 und 2008 in der BRD um 0,8 Prozent zurückgingen, stiegen sie in anderen Staaten Westeuropas um bis zu 40 Prozent. Mit Hilfe des staatlichen Sozialterrors sanierten die deutschen Betriebe ihre Profitraten und erhöhten die Konkurrenzfähigkeit ihrer Produkte. Die Lohnstückkosten sind in der BRD im Vergleich zum gesamten Gebiet, in dem der Euro die Währung ist, seit 1999 um 14 Prozentpunkte

gefallen, während sie in Italien und Spanien um mehr als 9 Prozent und in Frankreich um 3 Prozent gestiegen sind.

Leider ist vom Klassenkampf von unten nach Jahren des Klassenkampfes von oben noch nicht viel – um nicht zu sagen nichts zu spüren. Die Gewerkschaften stehen fest an der Seite des Kapitals. Wegen der Finanzmarktkrise will Verdi im Tarifstreit mit den Banken bis auf weiteres auf Streiks verzichten und blies eine für November geplante Urabstimmung ab. Die IG Metall lässt sich entgegen anders lautenden Beteuerungen von den KapitalvertreterInnen einmachen und verzichtet auf eine am Produktivitätszuwachs orientierte Lohnerhöhung, im besten Fall wird der Abschluss gerade dazu reichen, die Inflation auszugleichen und einen weiteren Reallohnverlust in Grenzen zu halten. Die systemloyalen Gewerkschaften sind Gefangene der Kapitallogik: Läuft die Wirtschaft nach kapitalistischen Maßstäben prächtig und die Konzerne fahren Profite in Rekordhöhen ein, darf es keine hohen Abschlüsse geben, weil die Lohnsteigerung einen Abschwung provozieren könnte. Läuft die Wirtschaft angeblich schlecht, müssen die Löhne gleichbleiben oder sinken, um die Lage nicht noch weiter zu verschärfen.

Die Kommunistische Partei Chinas hat in den letzten Jahren auf eine Freisetzung der Logik des Kapitals gesetzt. Das Land wurde gespalten in große feudalistische/frühkapitalistische rückständige Regionen und küstennahe Regionen mit Sonderwirtschaftszonen, in denen moderne Produktionstechniken mit frühkapitalistischen Arbeitsbedingungen kombiniert werden. Die Spaltung ist auch eine der Lebensbedingungen. Die einen hungern wieder und die Ausbeutung ist total, die anderen bilden eine kleine vermögende Mittelschicht mit der Entstehung einer reichen noch kleinen Bourgeoisie innerhalb und außerhalb der Partei. Die Natur wird überall unterschiedlich aber letztlich grenzenlos zerstört, trotz Anweisungen des Politbüros, diese zu stoppen, da sie die Profite aus der Produktion mittel- und langfristig senken würden. Wilde, nicht organisierte Klassenkämpfe nehmen mit der jetzigen Krise, der Wachstumsbremse und Aufgabe alter, nicht konkurrenzfähiger Produktionsanlagen rapide zu.

China, dessen Emporkommen zu einem großen Teil mit dem Export seiner Waren in die USA zusammenhängt, ist gleichzeitig Konkurrent der USA und auf die USA angewiesen. Der Import billiger Waren aus China ist kein grundsätzlicher Fehler der USA, er hat im Gegenteil für das weltweit stärkste Kapital, das in den kapitalistischen Zentren, einen wesentlichen Vorteil, die Senkung der Kosten der Ware Arbeitskraft im eigenen Land. Und je billiger die Ware Arbeitskraft, desto profitabler kann das Kapital sich selbst verwerten.

Hinzu kam noch, dass China, aber auch Japan, bereit waren, in Form von Krediten an die USA ihren Warenexport zu einem großen Teil gegen Zinsversprechen selbst vorzufinanzieren. Dieser Teil des Gegenwerts der chinesischen Waren ist jetzt im Finanzsystem der USA mittelfristig vom Totalverlust bedroht. Kurzfristig nahm die chinesische Regierung Einfluss auf die US-staatliche Rettung von Fannie Mae und Freddie Mac in den USA, um ihre dort angelegten mehrere hundert Milliarden Dollar nicht zu verlieren. Die großen Devisenreserven Chinas in Höhe von etwa 1,5 Billionen Euro sind schon kleiner geworden durch Verluste auf dem US-Finanzmarkt. Auch das kapitalistische Wachstum der Produktion hat sich in China rapide abgeschwächt. Durch die sich abschwächende Nachfrage aus den USA nach Konsumgütern wie Turnschuhen, Spielzeug und Computern für den privaten Gebrauch mussten in China bereits viele Fabriken schließen. Mehr als die Hälfte der für den Export produzierenden Spielzeugfabriken im südchinesischen Dongguan sind bankrott. Zehntausende von ArbeiterInnen ohne soziale Absicherung können ihre Arbeitskraft nicht mehr verkaufen.

Die drei kapitalistischen Zentren sind die Hauptabnehmer chinesischer Waren und so bleibt China von der Wirtschaftskrise nicht verschont. Das Wachstum der Produktion dient hauptsächlich dem Export und nicht der Befriedigung der Konsumbedürfnisse der ChinesInnen. Von 2000 bis 2006 sank der Anteil des privaten Konsums am chinesischen Bruttoinlandsprodukt von 46 Prozent auf 38 Prozent.

Die Überproduktion von Waren für den jetzt zusammenbrechenden Exportmarkt hat bereits dazu geführt, dass im chinesischen Industriehafen Qinhuango die Kohlehalden wachsen und im Norden, wo die Schwerindustrie konzentriert ist, stehen viele der Stahlwerke mit ihren in den letzten Jahren aufgebauten Überkapazitäten vor dem Bankrott. Auch der Baubranche, die für inländisches Wachstum sorgte, gehen die KäuferInnen aus. Die Preise für Immobilien die neben den gleichfalls entwerteten Börsenaktien eine wesentliche Grundlage der Altersvorsorge vieler ChinesInnen aus der Mittelschicht sind, verfallen. Das Wachstum von bis zu 12 Prozent der letzten Jahre war so stark, dass die Lohnabhängigen höhere Löhne erkämpfen konnten. Das Wachstum der Produktion war so stark, dass die als besonders billige Arbeitskräfte konkurrierenden WanderarbeiterInnen für das Kapital zeitweise nicht mehr in ausreichender Zahl vorhanden waren. Sinkt das Wachstum allerdings wie bereits abzusehen ist unter 8 Prozent, so können wiederum die Betriebe nicht mehr alle WanderarbeiterInnen beschäftigen, die zeitweilig gestiegenen Löhne geraten wieder unter Druck und beides bietet genügend Anlass für verschärfte Klassenkämpfe. Das bringt die Kommunistische Partei in Bedrängnis. Die Binnennachfrage sinkt und politische Unzufriedenheit der Mittelschicht wächst aufgrund schwindender Aussicht auf mehr oder mindestens gleichbleibenden Konsum. Der Aufstand von 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens, den die Armee am 4. Juni blutig niederschlug, war ein Aufstand gegen eine Partei, die sich kommunistisch nennt, aber damals die Preise für Lebensmittel freigab und zuließ, dass sie danach deutlich stiegen.

Hinzu kommt, dass 300 Millionen der 1,3 Milliarden ChinesInnen ohnehin in bitterer Armut leben und umgerechnet mit etwa 1,50 Euro am Tag auskommen müssen. Auf dem Land leben etwa 750 Millionen BäuerInnen, von denen nur noch etwa 350 Millionen Land bestellen, der Rest lebt zum Beispiel vom Müllsammeln oder geht als miserabel bezahlte WanderarbeiterInnen in die südlichen Wirtschaftszonen im Küstenbereich. Folge der verheerenden Lage vieler KleinbäuerInnen und ArbeiterInnen ist eine stark zunehmende Zahl von Streiks und zum Teil militanten Demonstrationen. Gegen den Verkauf des kollektiven Ackerlandes durch die lokalen Parteiführer an Investoren aus dem Immobiliensektor zum Beispiel wehrt sich die Landbevölkerung mit Angriffen auf die zuständigen Behörden. Im November 2008 zerstörten zum Beispiel ArbeiterInnen einer Spielzeugfabrik, die bereits im Zuge der Wirtschaftskrise in einer der südlichen Provinzen Chinas entlassen wurden, Büros auf dem Betriebsgelände und griffen die Polizei an, um ihrer Forderung nach einer Abfindung Nachdruck zu verleihen. Im letzten Jahr soll es nach Angaben der chinesischen Regierung »84 000 Zwischenfälle« gegeben haben. Ein großer Teil des so genannten chinesischen Wirtschaftswachstums ist ein reines Scheinwachstum, denn ihm steht eine ebenso große Zerstörung der Natur durch die entfesselte kapitalistische Produktion in China gegenüber. Der Vizeumweltminister Chinas warnte davor, die Volksrepublik China drohe zur Müllhalde der Welt zu werden. 20 der 30 Städte mit der schlimmsten Luftvergiftung liegen in China.

Der größte Teil Chinas befindet sich noch in von der landwirtschaftlichen Produktion geprägten bzw. mit dem Frühkapitalismus vergleichbaren Verhältnissen. In anderen Teilen, in der Küstenregion im Osten und Süden Chinas, allerdings befindet sich China auf dem

modernsten Niveau der Nutzung der Produktivkräfte kombiniert mit frühkapitalistischen Arbeitsbedingungen innerhalb der kapitalistischen Produktion.

Um EU-Europa und die USA ökonomisch zu überholen, muss die Kommunistische Partei aufgrund der objektiven Verhältnisse staatliche Aufbau- und Entwicklungsanstrengungen auf den Teil des Landes konzentrieren, der bereits am weitesten entwickelt ist. Das ist der Grund dafür, dass große Teile des Landes vom geplanten großen Sprung nach vorn abgetrennt werden oder Zulieferer von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten bleiben. Denn nur dann ist er organisierbar und finanzierbar, weil sonst die Kosten zur Entwicklung der notwendigen Infrastruktur viel zu hoch wären.

Ausdruck dieser Widersprüchlichkeit der ökonomischen Basis Chinas sind die Aufstände in den zurückgebliebenen Teilen des Landes, wofür Tibet ein Beispiel ist. Um im Weltmarkt mitmischen zu können und mindestens ein regionales Zentrum der kapitalistischen Produktion werden zu können, muss die chinesische Regierung den größten Teil des Geldes in den Sonderwirtschaftszonen der Küstenregion investieren und ruft dadurch die Aufstände gegen die Verelendung durch den Prozess des Abhängens in den ökonomisch rückständigen Regionen hervor. So entstehen verschiedene ethnische Konflikte, in die die Klassenkämpfe verkleidet sind.

Überall in China gibt es regionale Aufstände, die soziale Grundlagen haben

1. Aufstände gegen soziale Ungleichheit, die aber scheinbar ethnischen Charakter haben
2. aufgrund von Umweltkatastrophen bei der zunehmenden Zerstörung der Natur
3. gegen katastrophale Arbeitsbedingungen in Fabriken
4. Aufstände lokaler BäuerInnenbewegungen

Ethnische Unruhen, die von der innerimperialistischen Konkurrenz zusätzlich geschürt oder initiiert werden, bieten die Gelegenheit, Sezessionsbestrebungen von Bevölkerungsteilen hervorzurufen oder zu verstärken. Die Destabilisierung und gegebenenfalls der Zerfall Chinas liegt im Interesse der kapitalistischen Zentren, besonders der imperialistischen Weltmacht USA. Daher werden die SeparatistInnen, mal mehr, mal weniger offen, unterstützt. Wie der tibetische Führer der Gelbmützensekte, der Dalai Lama, wirft auch die Exilführerin der muslimischen Uiguren der chinesischen Regierung vor, einen »kulturellen Völkermord« zu begehen, indem sie die »ethnische Identität« der Uiguren angreife. Dabei umfassen die Gebiete, für die die tibetische Unabhängigkeit gefordert wird, inklusive der traditionellen tibetischen Siedlungsgebiete in den Nachbarprovinzen Gansu, Sichuan und Qinghai eine nur unwesentlich kleinere Fläche als die übrige Volksrepublik China.

Im ökonomisch frühkapitalistischen Tibet wollen die Mönche zurück zum feudalistischen Ausbeutungssystem, das ihnen ihr Auskommen sichern und ihnen ihre frühere totalitäre Macht zurückgeben würde. Die Mönche haben bis zum Einmarsch der chinesischen Volksbefreiungsarmee 1950/1951 über Jahrhunderte die Menschen brutal unterdrückt und mit Leibeigenschaft und Sklaverei im Elend gehalten. Damit scheint Tibet ein Sonderfall zu sein. In Wirklichkeit gibt es in Tibet aber zwei Aufstände, die gleichzeitig stattfinden:

1. Der reaktionäre Aufstand der Mönche zur Reinstallierung des Feudalsystems mit dem Ziel der Ausbeutung, totalen Unterwerfung und Demütigung der TibeterInnen durch die feudalen Klöster. Er wurde initiiert bzw. mitgetragen von den USA/dem CIA mit der Intention der Destabilisierung der möglichen weltweiten imperialistischen Macht China, zur Schwächung des imperialistischen Konkurrenten.

2. Der fortschrittliche Aufstand einfacher TibeterInnen und StudentInnen, getragen vorwiegend von der Jugendlichen, die Widerstand gegen ihre Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit leisten. Sie wollen gegen ihre Benachteiligung innerhalb Chinas und das allgemein rückschrittliche des Ausbeutungssystems kämpfen.

Der Aufstand der tibetischen Jugendlichen mit symbolischer Gewalt dient ihren Forderungen nach Verbesserung ihrer sozialen Situation, für eine gute Ausbildung, bezahlte Arbeit und ausreichendem Wohnraum und politischer Autonomie innerhalb der Volksrepublik China. Mit den religiösen und feudalistischen Motiven der Mönche haben sie nichts gemeinsam.

Auf die Proteste und Demonstrationen mit zum Teil massiven Sachbeschädigungen und einigen Toten unter den angegriffenen chinesischen HändlerInnen, reagierten die chinesischen Repressionsorgane mit brutaler staatlicher Gewalt, sie verübten aber kein Massaker wie zum Teil in den Medien der kapitalistischen Zentren suggeriert wurde. Verhaftungen, Repression und Einschüchterungen fanden aber auch noch statt, nachdem die Repressionsorgane den Aufstand im Griff hatten.

Auch die Aufstände in den kapitalistisch entwickelten Sonderwirtschaftszonen der östlichen und südöstlichen Küstenregion wirken zum Teil wie Aufstände gegen eine Ausbeutung, die in der Erscheinungsform aufgrund der brutalen Arbeitsbedingungen, der niedrigen Löhne und der zum Teil katastrophalen Wohnverhältnisse der WanderarbeiterInnen noch frühkapitalistisch ist. Es handelt sich jedoch um eine Klassenseinsetzung, deren objektive Grundlage die Kombination brutalster Arbeitsbedingungen mit modernster Technologie ist. Der Staat, die so genannten Kommunisten, stehen hier Seite an Seite mit dem ausländischen und inländischen Kapital gegen die ArbeiterInnen. Daher soll die Reproduktion der ArbeiterInnenklasse weiter auf niedrigstem Niveau festgeschrieben werden. Da es keine entwickelte ArbeiterInnenklasse mit unabhängigen Gewerkschaften und institutionalisierten Kampfformen, insbesondere kein Streikrecht in China gibt, kommt es zu spontanen Aufständen und wilden Streiks auf einer allerdings völlig anderen ökonomischen Grundlage als beim Aufstand der tibetischen Jugendlichen.

Innerimperialistische Konflikte drohen im Zusammenhang mit der Ausbeutung der rohstoffreichen Länder Afrikas und Lateinamerikas. Dabei setzt China vor allem auf die ökonomische Durchdringung, Chinas Anhäufung von Kapital dient als Grundlage für die Vergabe von Krediten in Afrika, die entsprechend der eigenen Interessenlage ohne die brutalen Auflagen, die Weltbank und IWF von Schuldnerländern verlangen, vergeben werden. So versucht die chinesische Regierung, zunehmend Rohstoffgebiete unter Kontrolle zu bringen, die den Vormarsch Chinas auf dem Weltmarkt sichern helfen. Hinzu kommt allmählich die militärische Option, der Aufbau einer weltweiten Interventionsfähigkeit, und das vorhandene vermeintliche atomare Schutzschild sowie der Einfluss durch den ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat mit Vetorecht.

Für seinen Sprung nach ganz vorn in der Weltwirtschaft muss China den restlichen Trikont imperialistisch durchdringen um sich Rohstoffe zu sichern, und dabei auch über Leichen gehen, wie im Sudan bei der Unterstützung der brutalen Massaker in Dafur. Doch die Strategien sind unterschiedlich. In Lateinamerika versucht die chinesische Regierung den USA ihren Hinterhof streitig zu machen, indem sie fortschrittliche Kräfte unterstützt.

In der Phase zunehmender kapitalistischer Produktion erhöhten sich durch den stärkeren Bedarf von Rohstoffen, aber auch durch die dadurch inspirierte Spekulation mit Warentermingeschäften die Rohstoffpreise und die Preise für Nahrungsmittel auf dem

Weltmarkt drastisch. Die Versorgung mit ausreichenden und möglichst billigen Rohstoffen ist eine der Grundvoraussetzungen für die maximale Verwertung des Kapitals. Daher ist es Aufgabe der ideellen Gesamtkapitalisten dafür zu sorgen, dass die nationalen Kapitale weltweit einen möglichst umfassenden Zugriff auf diese Ressourcen haben. Dies geschieht durch das Handeln des Kapitals selbst wie bei der staatlichen Förderung der ökonomischen Durchdringung anderer Staaten.

Die Staaten der unterentwickelt gehaltenen Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika sind die wesentlichen Zulieferer billiger Rohstoffe für die kapitalistischen Zentren. Ihre Ausbeutung wird immer wieder neu erzwungen mit Gewalt, mit imperialistischen Kriegen, mit Stellvertreterkriegen, die im Interesse der kapitalistischen Zentren angezettelt werden, oder wie zum Beispiel in großen Teilen Afrikas durch die Destabilisierung der sozialen Verhältnisse. Hinzu kommt die innerimperialistische Konkurrenz der kapitalistischen Zentren, die um Einflussphären ringen und dabei Konfliktpotenziale erhöhen.

Anderen, aufstrebenden Staaten, die sich zu (imperialen) Regionalmächten entwickelt haben, wird mit imperialistischem Krieg gedroht, wenn sie sich nicht willfährig in die von den kapitalistischen Zentren beherrschte Weltmarktordnung einfügen, in der das kapitalistische Zentrum USA aufgrund seiner weltweit konkurrenzlosen militärischen Überlegenheit nach wie vor die Vorherrschaft für sich beansprucht.

Auch Russland, das sich nach einer langen Phase der Schwäche nach dem Zerfall der Sowjetunion vor allem aufgrund seines Rohstoffreichtums ökonomisch wieder erholt und an politischer Stärke gewonnen hat, ist jetzt von der Finanzkrise betroffen. Die russische Regierung reagierte, indem sie mehr als 77 Milliarden Euro in das russische Bankensystem pumpte, um Liquiditätsengpässe aufzuheben, mit Verstaatlichungen und mit dem Versprechen, wichtige Betriebe von Lebensmittelläden, Apotheken über Flughäfen bis hin zu Rüstungskonzernen im Notfall mit Staatskrediten zu retten.

Die kapitalistischen Zentren USA und EU-Europa versuchen, den wieder zunehmenden Einfluss Russlands zurückzudrängen. Insbesondere betrifft dies die Region um das Kaspische Meer, die reich an Öl und Gas und mineralischen Rohstoffen ist. Es geht um Herrschaftssicherung. Der sichere Zugang zu Energiereserven spielt auch die wesentliche Rolle beim Konflikt zwischen den Herrschenden in Georgien und Russland, in dem die Regierung Georgiens ein regionaler Stellvertreter der USA ist. Mindestens Teile des US-Apparates ermutigten die durch die – von den kapitalistischen Zentren unterstützte – so genannte Rosenrevolution 2003 an die Macht gekommene Regierung Georgiens beim Überfall auf Südossetien.

Der Krieg, den die mit dem kapitalistischen Zentrum USA verbündete Regierung Georgiens in der Nacht vom 7. auf den 8. August 2008 gegen die autonome, von russischen Blauhelmsoldaten geschützte Teilrepublik Südossetien begann, ist ein Ausdruck des imperialistischen Handelns der USA gegenüber Russland. Energielieferungen aus der Region um das Kaspische Meer fließen in Form von Öl und Gas durch Pipelines, die von Aserbaidschan am Kaspischen Meer durch Georgien nach Westen laufen. Sie stellen die einzige Möglichkeit in dieser Region dar, die für die kapitalistische Produktion unentbehrlichen Energierohstoffe unter Umgehung des russischen und des iranischen Staatsgebietes zu transportieren.

Der entschlossenen und umfassenden militärischen Reaktion der russischen Regierung auf den georgischen Angriff hatte die US-Regierung nichts entgegenzusetzen, es sei denn, sie

hätte sich auf eine direkte kriegerische Konfrontation mit Russland eingelassen. Dass Russland diese mögliche Konfrontation nicht scheute und den Krieg direkt gegen Georgien führte, ist Ausdruck der wieder gewonnenen ökonomischen Stärke Russlands, das umgekehrt den Überfall auf die von ihm geschützte Region nicht hätte hinnehmen können, ohne im imperialistischen Gerangel bleibende Schäden davon zu tragen.

Das Ergebnis des Krieges ist eine militärische und geostrategische Niederlage Georgiens auf der ganzen Linie. Die von der US-Armee trainierte und in imperialistischen Kriegen in Afghanistan und im Irak erprobte georgische Armee wurde in nur fünf Tagen besiegt. Die russische Armee zerstörte im Zuge des Krieges alle neuen georgischen Militäranlagen und brachte die Lage in Südossetien, in Abchasien und einer militärischen Pufferzone zu Georgien vollständig unter ihre Kontrolle. Am 26. August 2008 erfolgte die Anerkennung der beiden Provinzen Südossetien und Abchasien durch den russischen Staatspräsidenten Dmitri Medwedjew, nachdem sich beide Kammern des russischen Parlaments dafür ausgesprochen hatten. Diese Zonen sind dem imperialistischen Zugriff der kapitalistischen Zentren zunächst entzogen. In Georgien selbst gerät der US-Vasall Präsident Saakaschwili noch stärker als bisher unter den Druck der Opposition.

Das Bewusstsein, dass Öl und Gas als ökonomische Waffen gesehen werden, spiegelt sich in der Warnung wider, die die US-Außenministerin Condoleezza Rice in Richtung der russischen Regierung schickte, »die Verwendung von Öl und Gas als Druckmittel« künftig zu unterlassen. Sie kündigte an, gemeinsam mit dem kapitalistischen Zentrum EU-Europa »eine offene globale Energiewirtschaft auszuweiten und gegenüber missbräuchlichen Praktiken verteidigen« zu wollen.

Nächstes Jahr will die NATO auf ihrem Gipfel vom 3. bis 4. April 2009, auf dem auch das 60jährige Bestehen des Kriegsbündnisses gefeiert wird, ein neues imperialistisches Kriegs-Strategiepapier diskutieren, in dem Russland und die OPEC-Staaten ausdrücklich davor gewarnt werden, Öl/Gas als ökonomische Waffen zu benutzen. Denn wenn ein Staat mit Waffen gegen ein NATO-Mitglied hantiert, sieht sich die NATO natürlich legitimiert, einen Krieg zu führen. Damit der auch erfolgreich sein kann gegen militärisch starke Gegner, ist gemäß dem geplanten Papier auch ein Angriff mit Atomwaffen erlaubt.

Dies drückt die imperialistische Anmaßung aus, einen Anspruch auf fremde Rohstoffreserven zu haben. Von 2010 bis 2013 soll eine weitere Pipeline für die Umgehung Russlands, die Nabucco-Pipeline für Erdgas, gebaut werden. Sie soll von der türkisch-georgischen Grenze über die Türkei, Bulgarien, Rumänien und Ungarn nach Österreich führen und an eine Pipeline angeschlossen werden, die von Aserbaidschan über Georgien läuft. Um Erdgas aus Turkmenistan und Kasachstan aufnehmen zu können, müsste auch noch eine Pipeline mitten durch das Kaspische Meer nach Aserbaidschan gebaut werden.

Ein weiterer Konfliktherd zwischen Russland und den kapitalistischen Zentren und deren Instrument der NATO ist die ukrainische Halbinsel Krim mit mehrheitlich russischer Bevölkerung, auf der vertraglich vereinbart die russische Schwarzmeerflotte bis 2017 einen ihrer strategisch wichtigsten Stützpunkte hat. Die russische Regierung hat wiederholt erklärt, dass sie an einer Verlängerung des Pachtvertrages interessiert ist, während die von der US-Regierung unterstützte Regierung der Ukraine dies kategorisch ablehnt. Wie in Georgien wurde auch in der Ukraine durch einen von den kapitalistischen Zentren USA und EU-Europa unterstützten Aufstand, die so genannte orange Revolution, eine ihnen willfährige antirussische Regierung an die Macht gebracht. Russland ist mit einer permanenten Präsenz einer NATO-Kriegsflotte im Schwarzen Meer konfrontiert. Das Kriegsbündnis NATO, das

durch den Beitritt Rumäniens und Bulgariens Anrainer des Schwarzen Meers geworden ist, führt im Schwarzen Meer vor den Grenzen Russlands Manöver durch. Praktisch arbeitet die Ukraine der NATO längst zu, auch wenn sie noch nicht wie von der US-Regierung gefordert in das Kriegsbandnis aufgenommen wurde. Umgekehrt versteht sich mit 60 Prozent der größte Teil der Bevölkerung der Autonomen Republik Krim innerhalb der Ukraine als russisch, 24 Prozent verstehen sich als ukrainisch. Durch große Protestaktionen gelang es KrimbewohnerInnen 2006 ein auf der Halbinsel geplantes NATO-Manöver zu verhindern.

In Polen und Tschechien, also in EU-Europa, sollen zusätzlich zu Alaska faktisch gegen Russland gerichtete US-Raketenabwehrsysteme installiert werden. Russland hat im Gegenzug die Stationierung von Kurzstreckenraketen bei Kaliningrad angekündigt, die mit Radarsystemen nur schwer geortet werden können und geeignet sind, die Militäranlagen mit den US-Abwehrraketen zu zerstören.

Die ehemaligen Sowjetrepubliken Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan genießen nicht nur wegen ihrer dort vermuteten großen Öl- und Gasreserven die besondere Aufmerksamkeit der kapitalistischen Zentren USA und EU-Europa. Sie sollen auch ein Sprungbrett bieten für Operationen gegen den von US-Imperialismus-Strategen so genannten »weichen Unterleib des russischen Bären« und zur von separatistischen Unruhen erschütterten Provinz Xingjiang im Westen Chinas. China könnte mit Xinjiang im für die Zentralregierung schlimmsten Fall bis zu einem Sechstel seines Staatsgebietes verlieren, wenn der fundamentalistisch islamischen Bewegung der Uiguren eine Abspaltung gelänge.

Das Vordringen des kapitalistischen Zentrums USA in die Kaukasus-Region hat zu einem russisch-chinesischen Grundkonsens geführt, den Einfluss der US-Regierung in der Region Einhalt zu gebieten und zurückzudrängen. In der 2001 gegründeten Shanghai Cooperation Organization (SCO) sind neben China und Russland heute Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan zusammengeschlossen. Im Schlusssdokument ihres Gipfeltreffens am 28. August 2008 in Dunschanbe verurteilte die SCO die US-Raketenabwehrkomplexe in Polen und Tschechien.

Auch zwischen den USA und lateinamerikanischen Ländern drohen die Konflikte zuzunehmen. Ausdruck dafür sind unter anderem die Versuche der USA, fortschrittliche Regierungen in Lateinamerika zu stürzen, insbesondere in Kuba, Venezuela und Bolivien. Die bolivianische Regierung verwies den US-Botschafter aufgrund seiner Verstrickungen in Versuche, die Regierung Boliviens zu stürzen, des Landes, danach wies auch die Regierung Venezuelas den US-Botschafter aus. Es handelt sich zur Zeit um einen so genannten Krieg geringer Intensität, um den Hinterhof der USA stabil zu halten.

Zu den künftig besonders umkämpften Regionen wird neben der Arktis auch die Antarktis gehören, denn auch hier vermuten das Kapital und seine staatlichen VertreterInnen große Bodenschätze.

Die neue US-Regierung unter Präsident Barack Obama ab Januar 2009 wird voraussichtlich eine modifizierte Strategie des US-Imperialismus verfolgen. Das kapitalistische Zentrum EU-Europa soll kooperativ unter US-Hegemonie eingebunden werden, insbesondere in Frontstellung gegen Russland. Der berühmte berüchtigte Imperialismus-Strategie Brzezinski, von dem Obama sich beraten lässt, rät angesichts der für ihn enttäuschenden Bilanz, dass nach dem Niederkonkurieren der Sowjetunion es nicht gelungen ist, ein System dauerhafter Vorherrschaft der USA im mittelasiatischen Vorhof Russlands zu errichten, dazu, verstärkt auf Absprachen mit Europa und China zu setzen. Dabei müsste verhindert werden, dass



die Bündnisbeziehungen zwischen Russland und China, wie sie sich in der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) vorbereiten, stärker werden. Ein machtpolitisch wieder stärker an den USA ausgerichtetes EU-Europa soll als imperialistischer Brückenkopf der USA dienen und mit einer Kombination von EU-Osterweiterung und Unterstützung der NATO-Expansion dabei helfen, die mittelasiatischen, ehemaligen Sowjetrepubliken dem Einfluss und den Interessen der kapitalistischen Zentren zu unterwerfen.

Neben Krieg bedeutet Imperialismus die ökonomische Durchdringung der kapitalistischen Peripherie durch das Kapital aus den kapitalistischen Zentren. Die katastrophale Situation der Menschen im Trikont wurde unter anderem durch die mittels Spekulation mit Warentermingeschäften nach oben getriebenen Nahrungsmittelpreise weiter verschärft. Noch mehr Menschen leiden und sterben am Hunger. Zwischen 2007 und 2008 stiegen die weltweiten Lebensmittelpreise laut Welternährungsorganisation um 52 Prozent. Das Welternährungsprogramm der UN halbierte deswegen die Hilfsrationen für Menschen in Flüchtlingslagern des Trikont. Eine wesentliche Schuld am Hunger tragen Kriege und andere gewaltsame Konflikte, die nicht zuletzt von den kapitalistischen Zentren in ihrem imperialistischen Interessen immer wieder neu und an anderen Orten geschürt werden. Hinzu kommen die von den kapitalistischen Zentren diktierten weltweiten Handelsabkommen, die den Trikont benachteiligen, und Agrarsubventionen für landwirtschaftliche Produkte aus den kapitalistischen Zentren, mit denen die heimischen Märkte in den Ländern des Trikont zerstört werden.

Täglich sterben über 100 000 Menschen am Hunger. Von 2007 bis 2008 stieg die Zahl der Menschen, die permanent unterernährt sind, von 854 auf mindestens 923 Millionen, nach offiziellen Zahlen. Dabei ist weltweit genügend Nahrung vorhanden, um alle Menschen zu versorgen. In den letzten 20 Jahren nahm die Nahrungsmittelproduktion mit 2 Prozent jährlich stärker zu als die Weltbevölkerung, die jährlich um 1,14 Prozent wuchs. Laut Welternährungsorganisation gab es 2007 anderthalbmal mehr Nahrung, als der derzeitige Bedarf ausmacht. Zur Überwindung der Ernährungskrise wären weltweit nur 19 bis 30 Milliarden Euro notwendig, im Vergleich mit den weltweiten finanziellen Rettungsaktionen mit Summen im Billionenbereich für marode Banken ein lächerlicher Betrag. Reparationen für die jahrhundertlange Ausbeutung und Zerstörung des Trikont durch die kapitalistischen Zentren haben in den Gedanken der Herrschenden und ihren verlängerten ideologischen Armen in den Medien von vornherein keinen Platz.

Die Ernährungskrise ist ein Beispiel für die Verschiebung der Krise aus den kapitalistischen Zentren in andere Teile der kapitalistischen Welt. Sie ist nur deshalb überhaupt ins Bewusstsein vieler Menschen in den kapitalistischen Zentren gerückt, weil sich in immer mehr Ländern des Trikont die Menschen mit Hungerrevolten wehrten.

Wenn überhaupt Maßnahmen zur angeblichen Überwindung des Hungers ergriffen werden, so dienen sie wieder der Durchsetzung spezifischer Interessen der kapitalistischen Zentren, so die Aktivitäten der Alliance for a Green Revolution in Africa (AGRA), die mit patentiertem Saatgut und Kunstdünger aus den kapitalistischen Zentren die Abhängigkeit Afrikas zementieren will und darüber hinaus Afrika zum Versuchsfeld und Markt für genmanipulierte Pflanzen machen will. Dabei belegen wissenschaftliche Studien vom Weltagrarrat der UNO und C. Bagley u. a., dass die Weltbevölkerung auf der Basis des biologischen Anbaus mindestens genauso umfangreich und qualitativ besser ernährt werden könnte als mit der von den kapitalistischen Zentren etablierten so genannten konventionellen mit Chemie intensivierten Landwirtschaft, bei der Kunstdünger die Böden ruiniert und Tier- und Pflanzengifte die menschliche Gesundheit zerstören.

Gegen kapitalistische Ausbeutung und Imperialismus hilft nur solidarischer weltweiter Klassenkampf.

Die VR China ist ein Beispiel, mit dem die Dogmen des (orthodoxen) europäischen Marxismus in Frage gestellt werden, die repräsentative Demokratie mit einigermaßen verwirklichten BürgerInnen- und demokratischen Menschenrechten sei langfristig die effizienteste Form, die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse im Interesse des Gesamtkapitals zu verwalten und Klassenkämpfe zu befrieden bzw. institutionalisiert unter Kontrolle zu halten. Zwar kann dies in einer bestimmten Phase der technologischen Entwicklung zutreffen wie Mitte des 20. Jahrhunderts in den USA, Europa und mit stärkeren Einschränkungen in Japan, stellt aber auch dann nur eine bestimmte Etappe im Prozess kapitalistischer Produktionsverhältnisse dar.

Im Zuge der technologischen und ideologischen Entwicklung zielen Staat und Kapital auf eine Verinnerlichung der Beherrschung und Überwachung durch die Beherrschten ab. Der Einsatz der Mikroelektronik in der Produktion und in der Freizeit wird von den Menschen vielfach nur als angenehm, bequem, unterhaltend und faszinierend empfunden. Die mit den Technologien verbundenen Überwachungsmöglichkeiten werden von den Betroffenen ausgeblendet oder akzeptiert. So ist eine autoritäre Herrschaftsform durchaus kompatibel mit einer hohen Ausbeutungsrate und damit, den Klassenkampf zu befrieden. Wenn Menschen eingebunden sind ins System durch den Konsum in der bunten Welt der Waren, kann politische Freiheit relativiert werden.

Was sich in China bei der Entwicklung vom untersten zu höherem materiellen Niveau der Lohnabhängigen unter weitgehend fortbestehenden Verhältnissen politischer Unfreiheit beobachten lässt, zeigt sich in den kapitalistischen Zentren in der Entwicklung vom bisher höchsten erkämpften und zugestandenen materiellen Niveau der Lohnabhängigen auf mittleres und unteres Niveau bei zunehmender politischer Unfreiheit und (digitalisierter) Überwachung.

Die Totalität der Unterdrückung durch die kapitalistischen Verhältnisse weist im kapitalistischen Zentrum EU-Europa in die gleiche Richtung wie in China. Mittels technologischer Überwachung und der größeren technologischen Durchdringung des Alltags, durch Angebote zum Konsum und subtilere Mechanismen der Medienbeeinflussung, ist es in den kapitalistischen Zentren noch einfacher, die Gehirne der Menschen anzuschließen an die herrschende Logik.

Dennoch öffnet die ökonomische und technische Entwicklung durch ihre Widersprüchlichkeit Widerstandspotenziale. Dazu ist es notwendig, sich Techniken und Fähigkeiten selbstbewusst anzueignen und die Möglichkeiten zu erkennen, durch solidarisches Handeln das Elend mit dem Kapitalismus abzuschaffen.

**Beitrag für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken  
am 13./14. Dezember 2008 in Köln**